



## **BBU-Pressemitteilung 19.12.2023**

Bundesverband  
Bürgerinitiativen  
Umweltschutz e.V.  
Prinz-Albert-Str. 55  
53113 Bonn  
Tel.: +49 (0) 228 214032  
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de  
www.bbu-online.de  
www.facebook.com/bbu72

# **BBU: Endlager Konrad ungeeignet / AKW-Kosten in GB explodieren / Uranfabriken stilllegen / Weitere Proteste**

(Bonn, Hannover, 19.12.2023): Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) bedauert, dass das Land Niedersachsen an der Planung des umstrittenen Atommüll-Endlagers Schacht Konrad bei Salzgitter festhält. Anträge von Naturschutzverbänden auf Rücknahme bzw. Widerruf des Konrad-Planfeststellungsbeschlusses sowie die Forderung auf Einstellung weiterer Baumaßnahmen, wurden vom Umweltministerium (heute, 19.12.2023) nach einer langdauernden Prüfung vorläufig abgelehnt. Die Auseinandersetzung um das geplante Endlager Schacht Konrad dauert bereits Jahrzehnte. Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Kommunen und auch weitere Akteure vor Ort, sowie auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sprechen sich einhellig gegen die Einrichtung eines Atommüll-Endlagers im Schacht Konrad aus.

Mit der aktuellen Entscheidung des niedersächsischen Umweltministeriums gibt es aber noch kein grünes Licht für den Schacht Konrad. Es folgen weitere sicherheitstechnische Überprüfungen. Und so wird erst Ende 2024 mit den Ergebnissen aus der zweiten von vier Phasen der Überprüfung von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) gerechnet.

Der BBU bekräftigt seine Forderung nach dem Aus für Schacht Konrad und betont, dass bei der Diskussion um den Schacht Konrad erneut deutlich wird, dass nach wie vor kein Konzept für den langfristigen und sicheren Umgang mit den enormen, bereits vorhandenen Atommüllmengen existiert. „Das Konrad-Dilemma verdeutlicht, dass Atomfabriken wie die Urananreicherungsanlage in Gronau, deren Uranmüll auch im Schacht Konrad gelagert werden soll, unverzüglich stillgelegt werden müssen, damit dort nicht noch weiterer Atommüll anfällt. Es dürfen nicht ständig neue Sachzwänge geschaffen werden“, fordert BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

## **Kosten für AKW-Neubauten laufen aus dem Ruder**

Mit Blick auf das AKW-Neubauprojekt Hinkley Point C in Großbritannien spricht sich der BBU erneut generell gegen jegliche internationale AKW-Neubaupläne aus. Die Baukosten beim AKW Hinkley Point C laufen seit geraumer Zeit aus dem Ruder. Berichten zufolge stoppt die staatliche chinesische China General Nuclear Power Corp (CGN) ihre Finanzierungsbeiträge für das britische AKW Hinkley Point C. Diese neue Entwicklung bringt das französische Unternehmen EDF, das Mehrheitsaktionär von Hinkley Point C ist, in eine heikle Situation, deren Auswirkungen nicht absehbar sind. Für den BBU steht aber fest, „dass alle globalen AKW-Ausbaupläne auf dünnem Eis stehen. Gescheit wäre es, die vorgesehenen Milliardenbeträge unverzüglich für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu nutzen. Dies gilt für die AKW-Ausbaupläne in Großbritannien, in Frankreich, in den Niederlanden und anderswo“.

## **Weitere Proteste gegen Atomtransporte und Atomanagen**

Beim Stichwort der ungelösten Atommüll-Entsorgung verweist der BBU auch erneut auf die drohende gefährliche Atommüllverschiebung von Jülich nach Ahaus, die ggf. ab 2024 erfolgen soll. Gegen diese LKW-Transporte wird am 14. Januar erneut in Ahaus demonstriert. Und wenige Tage später wird am 20. Januar in Lingen für die sofortige Stilllegung der dortigen Brennelementefabrik demonstriert. In der Anlage kam es vor fünf Jahren am Nikolaustag zu einem Brand und trotz beschlossenen Atomausstieg gibt es bisher keinerlei Stilllegungsplan für diese Anlage. Ähnlich sieht es bei der Urananreicherungsanlage in Gronau aus, in der bisher unbefristet Uran für den Einsatz in internationalen Atomkraftwerken vorbereitet wird. Wie schon lange immer am ersten Sonntag im Monat treffen sich dort am 7. Januar Mitglieder verschiedener Anti-Atomkraft-Initiativen zum (Neujahrs-)Sonntagsspaziergang. Und bei den Atommüllanlagen in Gorleben trifft man sich bereits am 1. Januar zum Neujahrsempfang.

Die Anti-Atomkraft-Bewegung, und damit auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, können auf viele Erfolge zurück blicken. Aber es liegen auch noch viele Aufgaben vor der Bewegung. Die erwirkte Stilllegung der Atomkraftwerke in der Bundesrepublik ist ein wichtiger Teilerfolg. Der Konflikt um die Atommüll-Lager, der Protest gegen jegliche Atomtransporte und gegen Uranfabriken sowie der Widerstand gegen Uranabbau und gegen die Verknüpfung der zivilen und militärischen Atomenergienutzung gehen aber weiter.

## **Weitere Informationen:**

### **Schacht Konrad**

<https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/pressemitteilungen/pi128-konrad-228193.html>

<https://www.ag-schacht-konrad.de/news/newsuebersicht/ringen-um-schacht-konrad-geht-weiter>

## **AKW Hinkley Point**

<https://finanzmarktwelt.de/china-droht-britischem-kernkraftwerk-hinkley-point-mit-dem-aus-295474/>

<https://cnduk.org/six-reasons-why-nuclear-power-will-not-help-solve-the-climate-crisis/>

## **(Erste) Aktionstermine 2024**

<https://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

## **Engagement unterstützen**

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <http://www.bbu-online.de> und telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet [www.facebook.com/BBU72](http://www.facebook.com/BBU72). Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO<sub>2</sub>-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.